

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Inzertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 35.

Donnerstag, den 23. März 1911.

39. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Das Abgeordnetenhaus

genehmigte am Montag zunächst den Etat der Lotterieverwaltung. Abg. Dittfurth (Kons.) hatte bemängelt, daß zu viele Lotteriereinehmerverleihen auf Kaufleute und zu wenige auf ehemalige Offiziere vergeben würden. Ein Regierungskommissar hatte Berücksichtigung dieses Wunsches zugesagt. Beim Etat der Generalordenskommission, der darauf genehmigt wurde, wurde ein Antrag der Kommission auf Streichung eines Postens von 47 000 Mk. für den Neudruck der Ordensliste angenommen. Ein Regierungskommissar bezeichnete den Neudruck als unbedingt notwendig. — Abg. Gysling (Sp.) forderte etwas mehr Zurückhaltung in den Ordensverleihungen. — Abg. Liebknecht (Soz.) gestellte die Ordensliste, aus der sich schon eine „Detonationsfarbenleuchte“ entwickelt habe. Der Note „Aberorden“ müsse abgeschafft werden; Rot sei anzüglich. Es folgte der Etat der Anstellungskommission. Das Haus beschloß, von einer allgemeinen Aussprache abzusehen, da die angekündigte Denkschrift über das Anstellungsproblem in der Dittfurth noch nicht vorliegt. Der Etat wurde ohne Debatte genehmigt. Beim Etat der nun folgte, beantragte Reichstagsrat Abg. Hirsch (nfl.), alle Fragen, die nicht direkt mit dem Etat im Zusammenhang stehen, bei der Beratung auszuweichen, insbesondere auch die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Aufgabe der Staatsbergwerke. — Abg. Hirsch (Soz.) protestierte gegen dieses Verfahren. — Die Abg. Koenen (Ztr.) und Fehr. v. Redlich (K.) erklärten, notwendige Rücksicht auf die Geschäftsfrage für den Antrag stimmen zu wollen. — Abg. Bachnig (Sp.) war der Ansicht, daß bei der Eilfertigkeit, die das Haus betriebe, von einer Eile-Beratung überhaupt nicht mehr die Rede sein könne. Nach längerer Debatte, in der allgemein die Ueberlastung des Hauses beklagt wurde, wurde der Antrag angenommen. — Abg. Imbusch (Ztr.) wünschte, daß der Staat sich in bezug auf die Lohnzahlung von Privaten nicht überbieten lasse. Seine Partei fordere keine slavische Disziplin, sondern mehr Freiheit für die Vergarbeiter. — Abg. Acco (nfl.) trat für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter ein und bat die Regierung, zu verhandeln, daß wir amerikanische Verhältnisse bekommen mit ihrer Ausbeutung der Kleinen durch die Großen. — Abg. Spitzig (K.) erklärte, wenn der Lohn der Arbeiter in Widerspruch stehe zu den Einnahmen des Unternehmens, dann hätten auch die Arbeiter ein nicht zu bestreitendes Recht, ein Mehr zu verlangen. — Abg. Dr. Eilers (Sp.) freute sich, daß das Zentrum selbst zugebe, daß durch die Reichsfinanzreform die Lebenshaltung teurer geworden sei. — Minister v. Seydewitz erklärte, er sei nicht in der Lage, die Löhne in den staatlichen Bergwerksbetrieben zu erhöhen, zumal ihm von allen Seiten der Vorwurf gemacht werde, daß die Betriebe zu wenig einbringen. Die Regierung sei auch gezwungen, eine Reihe unzulassender Sitten einzuführen. Für die Arbeiter an diesen Sitten werde jedoch gefordert werden. — Abg. Korff (K.) fragte über schlechte Vergarbeiterlöhne in Oberschlesien. Das Haus vertagte sich darauf am 8 Uhr.

Ausschusssitzungen der liberalen Parteien.

Im Reichstagsgebäude tagten Sonntag gleichzeitig die beiden Zentralvorstände der national-liberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei, natürlich in getrennten Räumen. Inzwischen gingen die Gedanken der beiden Parteileitungen hinüber und herüber; denn der Hauptpunkt der beiden Verhandlungen betraf das taktische Verhältnis dieser Parteien bei den kommenden Reichstagswahlen. Die zahlreich besuchte Sitzung des Zentralvorstandes der national-liberalen Partei eröffnete Reichstagsabgeordneter Wasser mann. In seiner einleitenden Rede gedachte er auch der im Laufe des letzten Jahres Verstorbenen, zu deren Gedächtnis sich die Versammelten von den Klagen erhoben. Darauf erfolgten zahlreiche Reminiscenzen für den Zentralvorstand. Abgeordneter Wasser mann erläuterte sodann ein ausführliches, beifällig aufgenommenes Referat über die Vorbereitung zu den nächsten Reichstagswahlen, das eine eingehende Aussprache hervorrief. Schließlich wurde mit allen gegen fünf Stimmen folgende Resolution beschloffen: „Der Zentralvorstand, überzeugt, daß die Parteiführung im Lande sich des Ernstes der politischen Lage und der Verantwortung bewußt sind, die der bevorstehende Wahlkampf ihnen zuzieht, spricht die Erwartung aus, daß die Wahlkreisorganisationen vor der endgültigen Aufstellung von Kandidaten und vor dem

Eingehen taktischer Wahlabkommen sich mit dem geschäftsführenden Ausschuss des Zentralvorstandes ins Einvernehmen setzen. Wird auf Wunsch oder im Einverständnis von Landesorganisationen oder wo sie fehlen, von Wahlkreisen eine Verhandlung mit anderen Gesamtparteien vom geschäftsführenden Ausschuss herbeigeführt, so sind die hierauf getroffenen Vereinbarungen von den betreffenden Wahlkreisen oder Landesorganisationen als verbindlich anzuerkennen.“ Auf eine Anfrage des sächsischen Kammerpräsidenten Dr. Vogel gab Dr. Friedberg die Erklärung ab, daß die Frage des Entzuges des Abgeordneten vom Reichstagsamt im Abgeordnetenhaus beim Eingehen der taktischen Verhandlungen nicht in Betracht kommen würde, ob die Fortsetzung des Anstellungsvertrages ohne Anwendung des Entzuges des Abgeordneten möglich sei.

Der Zentralausschuss der Fortschrittlichen Volkspartei war von 120 Parteimitgliedern aus allen Landesteilen besetzt. Der Vorsitzende, Landtagsabg. Fund, begrüßte die Erschienenen und gedachte der Verstorbenen. Abg. Fischbeck gab in dem Geschäftsbericht der Freude darüber Ausdruck, daß die alten Parteioptionen nach der Fusion fast vollständig auf den Boden der neuen Organisation getreten sind. Weiter wurde über den Zeitpunkt des nächsten allgemeinen Parteitages verhandelt und die weitere Abhaltung von Landes- und Provinzialparteitagen lebhaft befürwortet. Nach einer Erörterung der Kassenverhältnisse sprach Abg. D. Naumann über die nächsten Wahlen, insbesondere über das Verhältnis zu den Nationalliberalen. Redner betonte, daß sich die Einigung der Linken liberalen so gut behauptet habe, wie es auch die größten Optimisten nicht geglaubt hätten. Der Eindruck wirklicher Gesinnung sei da, aus allgemeinen politischen Gründen trat Naumann für eine parteitaktische Verhandlung mit den Nationalliberalen bei den nächsten Wahlen ein und erklärte eine größere Zentralisation in der Kandidatenaufstellung für nötig, die Wahlkreise dürften nicht ohne Verhandlung mit der Parteileitung vorgehen. Abg. Fischbeck teilte mit, daß vorläufig von der Fortschrittspartei 132 Kandidaten aufgestellt seien. Sodann berichtete er über den Stand der Verhandlungen zur Herbeiführung des taktischen Zusammengehens der Liberalen bei den nächsten Reichstagswahlen. Die eingehende Besprechung ergab Einstimmigkeit in der Deutlichkeit in der in Betracht kommenden Fragen und in der Zustimmung zu dem Vorgehen der Parteileitung. Der geschäftsführende Ausschuss wurde zur Fortführung der Verhandlungen ermächtigt.

Außerordentlicher Fortbildungsschultag.

Unter überaus zahlreicher Beteiligung von Lehrern und Lehrerinnen sowie von anderen interessierten Persönlichkeiten trat Freitag nachmittags in Berlin im Lehrervereinssaal ein außerordentlicher Fortbildungsschultag zusammen, um zu dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Errichtung und Besuch von Pflichtfortbildungsschulen Stellung zu nehmen. Die Fortbildungsschuldirektor Haese (Charlottenburg) eröffnete die Verhandlungen und betonte, daß die Versammlung wohl nicht einberufen sei, ihr Wort zu dem Gesetzentwurf zu erheben. Die heutige Tagung empfängt noch dadurch ein eigenartiges Gepräge, daß sie zur Beratung eines Schulgesetzentwurfes zusammengetreten ist. Die Schwierigkeit aller Schulgesetzgebung ist darin zu suchen, daß die politischen Parteien besondere Stützpunkte für ihre Anschauungen gewinnen möchten. Dazu darf und kann sich keine Schule hergeben, die ihre Fundamente in der Pädagogik sucht, die die sittliche Erziehung, die Emborbildung aller im Menschlichen schlummernden Kräfte zu neuer Menschlichkeit zu erreichen strebt. Vor der Fortbildungsschule möge Parteipolitik und Parteitaktik endgültig Halt machen. Der vorliegende Entwurf wirkt auch seine Schatten voraus auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes. Die Bildung und Erziehung unserer werktätigen Jugend in Ansehung der Zukunft und des Wohlstandes unseres Staates durch ein Gesetz zu gewährleisten, ist eine wirtschaftliche, soziale und sittliche Pflicht. Wir begrüßen daher den Gesetzentwurf, der das Fortbildungsschulwesen des preussischen Staates in den bewährten Formen auf eine einheitliche Basis bringt. (Beifall.) Die Versammlung ging dann daran, die einzelnen Paragraphen des Entwurfes zu besprechen. Zu § 1 beantragte Direktor Haese man (Berlin), das bereits in Orien mit 5000 Einwohnern eine Pflichtfortbildungsschule zu errichten sei. Der Entwurf sieht als Grenze 10 000 Einwohner an. — Ferner beantragte Direktor Haese folgende Resolution: „Der Fortbildungsschultag sieht in der Jugendpflege eine unentbehrliche Ergänzung der Erziehungsaufgaben der Fortbildungsschule und hält sie nur in enger Ver-

bindung mit der Fortbildungsschule für durchführbar. Zur Lösung dieser Aufgabe sind staatliche Mittel nötig, die im Interesse einer zweckmäßigen Verwendung von bisher dem Handelsministerium zur Verfügung stehen müssen.“ — Nach kurzer Diskussion wurden die vorgeschlagenen Änderungen und die Resolution angenommen. — Zu § 4 des Entwurfes, der die Fortbildungsschulpflichtigen Personen betrifft, liegt eine Resolution vor, die besagt: „Nach der gesetzlichen Befreiung der Schulpflicht für die männliche Jugend wird erwartet, daß die Einführung der Schulpflicht für Mädchen nach § 10 dieses Gesetzes von den Gemeinden und dem Staat befreit wird, und daß der Staat die Gemeinden bei Errichtung von Mädchenfortbildungsschulen nach denselben Grundsätzen finanziell unterstützt, wie die Fortbildungsschulen für die männliche Jugend.“ Zu § 5, der die Befreiung von Besuchen der Fortbildungsschule behandelt, liegt ein Antrag von Oberbürgermeister Schulz (Altona) vor: „Für Gemeinden, die an einen anderen Bundesstaat grenzen, kann die Aufsichtsbefreiung von der Fortbildungsschulpflicht Personen betreffen, welche auch in anderen Bundesstaaten davon befreit sind.“ Ein Antrag des Oberbürgermeisters Dreifert (Brandenburg a. H.) besagt: Für diejenigen, die eine Schule mit einem über die Unterrichtsbauer der Volksschule hinausgehenden Lehrplan absolviert haben, tritt eine entsprechende Befreiung der gewerblichen Schulpflicht ein.“ — Abgeordneter Obermeister Kahardt meint, man streite sich hier um des Kaisers Bart. Man müsse auch auf die Männer der Praxis Rücksicht nehmen. Wir verlangen, daß Sie den Handwerkerstraten identen. Wenn wir Handwerksmeister unsere Söhne das Einjährig-Examen machen und sie nachher ein Handwerk lernen lassen, wollen wir sie damit noch nicht schulten haben, im Gegenteil. Sie sollen dann aber nicht die Fortbildungsschule, sondern eine Fachschule besuchen. Wir fügen uns durch die Resolution versteht. Es wird schließlich nach längerer Debatte zu § 5 folgender Zusatz angenommen: „Eine Befreiung von einzelnen Unterrichtgegenständen einer Klasse findet nicht statt.“ Ferner findet Annahme eine von Direktor Haumann (Berlin) begründete Resolution, welche besagt: „Eine Schule möge als Fachschule nur anerkannt werden, wenn sie mindestens die gleiche Zahl der Unterrichtsstunden und die Lehrziele der Pflichtfortbildungsschule hat, wenn der regelmäßige Schulbesuch gewährleistet ist, wenn durch sie der normale Aufbau der Pflichtfortbildungsschule nicht gefährdet wird und wenn die Unterrichtsstunden in derselben Zeit liegen wie in der Pflichtfortbildungsschule des betreffenden Ortes.“ — Zu § 11, der die Personen bezeichnet, auf welche das Gesetz keine Anwendung finden solle, wozu auch Vergewaltete nach dem Entwurf gehören, beantragte Oberbürgermeister Cuno (Sagen i. W.) folgende Resolution: „Es wird als dringend notwendig erachtet, daß alle jugendlichen Vergewalteten alsbald der Fortbildungsschulpflicht unterworfen werden.“ Die Resolution fand Annahme, desgleichen eine Resolution Kahardt zu § 12, der die Verwaltung der Fortbildungsschulen regelt, folgenden Inhalts: „Wenn in einer Gemeinde besondere Fachkreise oder Fachabteilungen gebildet werden, so ist es möglich, für die in Frage kommenden Gewerbe einen Schulbeirat zu schaffen. Schließlich wurden noch Resolutionen angenommen, die besagen: „Das Gesetz möge auswirken, daß die bereits angestellten Lehrer und Lehrer unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallen“ und ferner: „Der Staat möge bald ein Ausbildungsinstitut für Fortbildungsschullehrer nach den Grundzügen errichten, für die sich der preussische Fortbildungsschultag in Danzig 1909 erklärt hat.“

Deutschland.

(In Erwartung des deutschen Kaisers.)

Im Schloß zu Schönbrunn, wo Ende dieser Woche Kaiser Wilhelm mit seiner Gemahlin, der einzigen Tochter und dem Prinzen Joachim zum Besuch des Kaisers Franz Joseph eintrifft, werden umfangreiche Vorbereitungen getroffen. Besonders werden die Säle und Gemächer mit Blumen geschmückt. Auf Wunsch des deutschen Kaisers wird besonders kostbares Gerät bei der Tafel zur Verwendung kommen. Eine große Rolle spielen die Bonbonieren, die diesmal mit Miniaturphotographien der Kronprinzessin, der deutschen Kaiserin und ihrer Enkel geschmückt werden. Zu den Dinern muß das ganze kaiserliche Hofgeschloß in besonders dazu bestimmten Sälen ins Schloß geschafft werden. Wenn man bedenkt, daß für 80 Gäste zehnmaliger Tellerwechsel als sonst eingebracht wird, und daß ein einziger Goldteller etwa 100 Mark wert ist, so kann man sich vorstellen, wie welcher Umfange Transport und Sanierung befohrt werden muß.

Die Budgetkommission des Reichstags erörterte bei fortgesetzter Beratung des Etats für Deutsch-Matritia die Verwendung der Mittel für

Baumwollverfälschung. Solche Mittel wurden lebhaft empfohlen, desgleichen solche für die Förderung der Volksschule und für die dafür geeigneten Teil des Schutzes. Angeregt wurde eine Befreiung des Ausbaues der Eisenbahn Darasalam-Mogoro-Tabora bis zum Tansanyitsee. Ueber die Unzulänglichkeit der Hafenanlagen in Darasalam wurde erneut geklagt. Gefordert wird Einbeziehung der Tarife von den subventionierten Dampferlinien. Im Etat für Kamerun wird ein scharfes Durchgreifen der Verwaltung für die Konzeption Nordwest gewünscht und die Verlegung des Gouvernements von Buea nach Duala angeregt.

(Kleine politische Nachrichten.) Die Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses lehnte die Einsetzung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Liebknecht ab. Liebknecht soll bekanntlich aus dem Anwaltsstande entfernt werden. — Auf dem dritten deutschen Seeschiffahrtstag in Berlin wurde in einem Referat über die allgemeine Lage der Seeschiffahrt beklagt, daß die Betriebskosten der Reedereien in Deutschland höher seien als in anderen Ländern. Zur Frage der Kapitalbeteiligung der Kapitäne an Reedereien wurde erklärt, daß diese in den allermeisten Fällen zur Vermeidung der Kapitalbeteiligung geführt habe. Die Versammlung forderte auch eine Verschärfung der Prüfungsbedingungen für Kapitäne und Seeschiffahrtsführer. — Viele pfälzische Wälder, die sich zu den Schutzmaßnahmen gegen Nebenschäden nicht verstehen wollten, erhielten Strafmandate von 15 Mark. Die Erregung unter den Leuten ist dadurch gesteigert worden. In das unruhige Gebiet begab sich der bayerische Minister des Innern v. Brettreich.

(Bürgerliche Offiziere.) Die diesjährige Verteilung der Abiturienten der Hauptkadettenanstalt Lichterfelde zeigt deutlich das Bestreben, die Bevorzugung des Adels in gewissen Trupps zu beseitigen. Bei einer Anzahl Regimenten, die seit Jahren ausschließlich adligen Offizieren gehorcht haben, sind Kadetten mit bürgerlichen Namen als Fähnriche eingestellt worden. Das ist der Fall bei den Grenadier-Regimentern 7 (in Pommern), 8 (in Frankfurt a. O.), den Kronprinzengrenadieren (11, in Breslau), beim Garde-Jäger-Bataillon (in Potsdam), den Jäger-Bataillonen 3 (in Lübben), 7 (in Bielefeld) und bei den 6. Jägaren (in Leobschütz).

Die deutsche Zündholzindustrie hat noch nie einen so schlechten Geschäftsjahr gehabt wie im Jahre 1910; sie konnte nur 40 Prozent ihrer Produktion absetzen und hat auch im laufenden Jahre keine Ausichten auf erhebliche Besserung, so daß viele der kleinen und mittleren Betriebe zu Grunde zu gehen drohen. Die Geschäftslosigkeit des ersten Jahres nach der neuen Zündholzsteuer, die prozentualer die weitaus härteste von allen Steuern der Reichsfinanzreform ist, erklärte sich zum großen Teil daraus, daß vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes weit über den Bedarf an Borrat produziert worden war, und daß sich zahllose Konsumenten auf Monate hinaus mit Zündhölzern versehen hatten. Der enorme Preisaufschlag von 10 auf 30 Pfennig für das Paket Streichhölzer hat aber zu einer ungeahnten Spararbeit im Verbrauch dieses bisher recht gering geachteten Artikels geführt, und endlich hat sich von den künftigen Konsumenten, den Kaufmännern, mindestens jeder Dritte ein mechanisches Feuerzeug zugelegt, das in seiner verbesserten Verfertigung gut funktioniert, bequem und sparsam ist. Daher ist auf eine Besserung der Lage unserer Zündholzindustrie in absehbarer Zeit nur wenig Aussicht vorhanden.

(Delegiertentag der Feuerbestattungsvereine.) Die preussischen Feuerbestattungsvereine hielten Sonntag im Reichstagsgebäude einen Delegiertentag ab, um zu dem dem preussischen Landtage vorgelegten Feuerbestattungsvorlage Stellung zu nehmen. Die Versammlung wurde vom Sanitätsrat Dr. Müller (Hagen) geleitet. Nach einem Referat von Justizrat Marcuse-Breslau über den Entwurf, an das sich eine längere Aussprache knüpfte, gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der es heißt: Die Versammlung erkennt dankbar an, daß der Entwurf im weitestlichen den Forderungen der Anhänger der Feuerbestattung entspricht. Die Versammlung gibt der Forderung Ausdruck, daß der Entwurf eines Gesetzes betr. die Feuerbestattung mit den zu seiner Vervollkommenung wünschenswerten Änderungen von Einzelbestimmungen bald Gesetz werde.

Ausland.

Frankreich.

(Ausschreitungen freitender Arbeiter.) Streikende Doharbeiter mitschickten in Marzailles eingetroffene Hafenarbeiter und warfen einen von ihnen ins Meer. Er wurde von Matrosen aus dem Wasser gezogen, lebte es aber ab, gegen seine Angreifer Anzeige zu erstatten.

Ballonfahrten über die Alpen.

Friedrich Haase.

Die Ginnbroschüre von 1800.

so beschädigt, daß es vollständig niedergelegt werden muß. Der Schaden beläuft sich auf mehrere hunderttausend Mark.

Frier, 21. März. (Mit dem Fuhrwerk in die Mofel.) Gestern nachmittag scheuten die Pferde des Wirtes Krämer aus Wasserbühl in der Nähe von Igel und rannten in die stark geschwollene Mofel. K. fand seinen Tod. Auch die Pferde sind ertrunken.

Frier, 21. März. (2 Brüder ertrunken.) Ein mit Holz beladener Kahn, der bei Meßdorf über die Sauer fuhr, sank infolge des starken Wellenschlags. Die beiden Insassen, Brüder Sauer, 23 und 32 Jahre alt, sind ertrunken.

Aus aller Welt.

Frauenmord in Leipzig. Im Stadtteil Lindenau wurde Samstagabend die in der Demmingstraße 36 wohnende Frau des Arbeiters Boesjch in der Küche ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Des Mordes dringend verdächtig erscheint der achtzehnjährige Arbeiter Paul Ränger, der seit etwa drei Monaten bei Boesjch wohnte und seit Samstag mittag verschwunden ist. Es ist anzunehmen, daß nicht Raubmord vorliegt, sondern das sexuelle Moment bei der Tat mitspielt.

Eine förmliche Schlacht zwischen Holzmachern und Straßenbauarbeitern, die auf dem Einödhof Schenke in der Borsdorfer, einem bekannten Jagdgebiet des Prinzenregenten Luitpold von Bayern, ausgefochten wurde, kundenlang währte und bei der der Steinmetzpolier Kell gestrichen wurde, hat die Strafkammer des Landgerichts München II drei Tage lang beschäftigt. Der Holzmeister, der hauptsächlich den Tod des Kell verschuldet, kommt noch vor das Schwurgericht. Dreizehn Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu sechs Monaten. Der Gutspächter selbst und zwei andere Angeklagte wurden freigesprochen.

Vom eigenen Mann in den Brunnen gestürzt.

Ein mysteriöser Gattenmord, der vor neun Jahren in Abbau Schwalbe bei Hilgenberg verübt wurde, ist jetzt entdet worden. Es wird darüber folgendes berichtet: An einem Sommertage des Jahres 1902 ging die Ehefrau des Besitzers Adalbert in Schwalbe zum Brunnen, um Wasser zu holen. Sie kam aber nicht wieder, und als ihr Ehemann nachforschte, fand er sie ertrunken im Brunnen auf. Wie man damals annahm, war die Frau beim Wassererschöpfen tödlich verunglückt.

Später heiratete der Besitzer A. von neuem, und nach Verlauf von mehreren Jahren vertrat er seiner zweiten Frau unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, er sei damals seiner ersten Frau an den Brunnen nachgegangen, habe sie von hinten an den Beinen ergriffen und kopfüber in die Tiefe hinabgeschleudert. Die zweite Frau behielt das Geheimnis bei sich, bis vor kurzem ihr Mann sie zu mißhandeln begann. Da drohte sie, ihn zu verraten und verklagte ihn auch wegen der ihr zugefügten Mißhandlungen. A. fürchtete nun, daß die Sache für ihn einen schlechten Ausgang nehmen könne, und beschloß daher, sich und seiner Frau das Leben zu nehmen. Zur Ausführung dieses Vorhabens kaufte er einen neuen Strick, kletterte nach Hause zurück und forderte seine Frau auf, mit ihm auf den Hausboden zu gehen. Die Frau ahnte nichts Gutes und schaltete in ihrer Angst zu ihrem Nachbarn. Als sie nach einiger Zeit mit diesem zusammen wieder ihre Wohnung aufsuchte, fand sie ihren Mann auf dem Boden erhängt vor; der Tod war bereits eingetreten.

Nach fünfjähriger Verhandlung wurde der Täter des Löwenbräu in München wegen Betruges, begangen durch schlechtes Einsehen, zu 6 Wochen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Kellner wurde zu drei Wochen, einer zu zwei Wochen und zwei zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Zum Brand der Brüsseler Weltausstellung. Das Gericht hat nach Prüfung der Akten des Untersuchungsrichters über den Brand der Weltausstellung erklärt, daß zu einer strafrechtlichen Verfolgung kein Anlaß vorliegt.

Für die Blumenpenden bei Begräbnissen. Aus Paris wird gemeldet: Die Vereinigungen der Blumenhändler, Kunstblumen- und Bandfabriken hielten eine sehr stark besuchte Versammlung ab, um gegen die in letzter Zeit stetig zunehmende Sitte zu protestieren, wonach in Todesanzeigen Kranz- und Blumenpenden abgelehnt werden. Die Versammlung faßte einen Beschlufantrag, worin an die Priester der verschiedenen Glaubensbekenntnisse die Bitte gerichtet wird, im Interesse der 20 000 Gewerbetreibenden und ihrer Arbeiter diesen Brauch von der Kanzel zu bekämpfen.

Beim Rettungswert getötet. Als Guerin, der Stationsvorsteher von Volbec Nointot, eine Frau, die ein kleines Kind auf dem Arm trug, am Ueberqueren der Gleise verhindern wollte, weil gerade ein Zug einfuhr, wurde er von der Maschine erfasst und zermalmt. Der Tod trat sofort ein. Die Frau und das Kind kamen indessen glücklich über die Gleise.

Tod des Silberkönigs. Aus New York wird der Tod des sogenannten „Silberkönigs“ David Moffat gemeldet, der 240 Millionen Mark hinterlassen soll. Moffat veranlagte seinen Reichtum hauptsächlich den reichen Silberminen Kolordos und Mexikos. Er hinterläßt eine Witwe und eine Tochter, die in Paris verheiratet ist.

Neueste Nachrichten

Die Beerdigung Friedrich Haases.

Berlin, 22. März. Friedrich Haase wurde gestern nachmittag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung von Vertretern der Gesellschaft und insbesondere der Schauspielkunst zur letzten Ruhe beigesetzt. Neben vielen bekannten Persönlichkeiten sah man den früheren Minister des königlichen Hauses von Wedel-Riesdorf, den Grafen Hülsen-Häseler, Barnab, Richard Alexander und Licht. Als Vertreter des Kaisers legte ein Flügeladjutant einen Kranz am Sarge nieder. Die Witwe des Verstorbenen wurde von Albert Niemann geführt. Harter Krummacker feierte insbesondere auch die große Selbstherrlichkeit, sowie die Willkür des Verstorbenen. Nach den letztwilligen Bestimmungen des Verstorbenen nahm zuletzt Max Grube, der langjährige Freund des Verstorbenen das Wort zum Abschied.

Caribewegung der Buchbinder.

Berlin, 22. März. 5000 Buchbinder und Buchbinderarbeiter von Groß-Berlin beschloßen gestern in eine Caribewegung einzutreten.

Das Kaiserpaar in „Glaube und Heimat“.

H Kiel, 22. März. Der Kaiser und die Kaiserin, die gestern nachmittag hier eintrafen, besuchten im Laufe des Nachmittags den Prinzen Adalbert, der seiner Gesehung entgegensteht, speisten dann beim Prinzen und der Prinzessin Heinrich und fuhren kurz nach 7 Uhr in Begleitung des Prinzen und der Prinzessin Heinrich ins Stadttheater. Beim Hauptportal des Theaters wurde der Kaiser und die Kaiserin vom Oberbürgermeister Dr. Fuß und dem Theaterdirektor Otto empfangen. Der Kaiser trug große Admiralsuniform, die Kaiserin eine lichtgraue Seidenrobe. Der Kaiser knüpfte sofort ein Gespräch mit dem Theaterdirektor Otto an. Er sprach u. a. über den Dichter Karl

Schönherr und bemerkte, er erinnere sich noch genau, daß Schönherr vor zwei Jahren den Schillerpreis für seine Komödie „Erbe“ bekam. Schönherr wohnte der Vorstellung in der Direktionsloge bei. Zuerst fand die Aufführung der einaktigen Operette „Sufannes Geheimnis“ statt. In der Pause wurde der Tee eingenommen und die Georlian-Duettüre gespielt, darauf begann die Aufführung von „Glaube und Heimat“. Der Kaiser folgte den Vorgängen auf der Bühne mit gespanntester Aufmerksamkeit. Am Schluß der Vorstellung ließ der Kaiser Schönherr in seine Loge rufen. Er äußerte sich in Worten des höchsten Lobes über das Stück und sagte u. a. folgendes: Glaube und Heimat seien sehr lebendig und besonders die Kaiserin sei von der Aufführung wie selten von einem andern Stück gepackt worden. Alles in dem Stück sei menschlich und wahr. Er habe einen wunderbaren Theaterabend erlebt. Besonders erfreut sei er, daß alles, was mit religiösen Streitigkeiten zusammenhänge, vermieden sei und daß der Dichter dafür das Schwerkrieg auf das rein Menschliche gelegt habe. Es sei nichts Theatralisches in dem Stück, sondern alles sei aus dem Leben gegriffen. Er bemerkte, Schönherr sei der deutsche Dichter, der in Deutschland bis jetzt noch fehlte. Schönherr sei der Mann, diese Hoffnung in weitestem Maße zu erfüllen. Zum Anbeken an den Abend überreichte der Kaiser Karl Schönherr eine große bronzene Plakette mit seinem Bildnis. Dem Theaterdirektor gegenüber äußerte sich der Kaiser sehr lobend über die Aufführung und die Leistungen der Schauspieler, und bemerkte, das Theater gefalle ihm außerordentlich, es sei geeignet, den Zuschauer in eine angenehme Stimmung zu versetzen. In Berlin habe er z. B. nicht annähernd eine so anheimelnde Lage zur Verfügung. Die Kaiserin war von der Vorstellung tief erschüttert, ihr standen noch die Tränen in den Augen, als sie das Theater verließ. Der Kaiser überreichte dem Direktor Otto den Orden 1. Klasse.

Zur Mordtat auf dem Dampfer „Cordova“.

H Hamburg, 22. März. Der Mord auf dem Hamburger Dampfer „Cordova“, der am 27. Februar in Dänischen begangen wurde, wird, wie bereits gemeldet, die deutschen Gerichte beschäftigen. Die französischen Behörden haben, dem Ersuchen der Hamburger Staatsanwaltschaft entsprechend, die Auslieferung des Mörders in die Wege geleitet, der in den nächsten Tagen in Hamburg eintreffen wird.

Die Arbeiten und Materialien-Lieferung

ausgeschlossen Anfuhr derselben zum Ausbau eines Weges in Breiten, Gemeinde Weithler, sollen vergeben werden.

Plan, Kostenanschlag u. Bedingungen liegen auf Zimmer 6 des Amtshauses in Unna in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr zur Einsicht auf.

Angebote werden bis zum 1. April dieses Jahres erbeten.

Unna, den 22. März 1911.

Der Amtmann:
Sabaß.

burg eintreffen wird. Der Täter heißt Otto Jensch und ist der Sohn eines angesehenen Hamburger Kaufmanns.

Feuersbrunst.

W Frier, 22. März. In Berreifeid (Eifel) brach gestern Abend Großfeuer aus, das 8 Häuser und die Kirche einäscherte.

Selbstmord im Hotel.

H Darmstadt, 22. März. In einem hiesigen Hotel wurde gestern eine 40jährige Frau mit aufgeschüttelter Pulsader tot aufgefunden. Die Dame hatte sich unter dem Namen Nanny Weise aus Berlin eingetragen. Man fand bei ihr 70 Mk. Bargeld. Auf einem hinterlassenen Zettel steht der Name Toni Wichmann aus Hirschberg in Schlesien. Eine genaue Feststellung der Persönlichkeit hat bisher noch nicht erfolgen können.

Mit dem Aeroplan verunglückter Schmuggler.

H Genf, 22. März. In das hiesige Kantonal-Hospital wurde gestern ein junger Italiener namens Antonio Smerogl mit zerbrochenen und erstorbenen Beinen eingeliefert. Er erzählt, er habe versucht, mit dem Aeroplan den Mont Cenis zu überfliegen, um Waren von Italien nach der Schweiz zu schmuggeln. Kurz nachdem er die Grenze passiert, stürzte er ab und blieb an einsamer Stelle im Schnee hilflos liegen. Als er aufgefunden wurde, waren ihm beide Beine erstorben.

Brand in einem Kinderhospital.

H London, 22. März. Aus Berth wird gemeldet, daß ein Flügel des dortigen Kinderhospitals gestern in Brand geriet. Die in der Abteilung befindlichen Kinder gerieten in große Gefahr. Die Pflegerinnen arbeiteten mutig an der Beseitigung des Brandes mit. Es herrschte eine wilde Panik, doch gelang es, die Kinder unverletzt in Sicherheit zu bringen. Nur eine Pflegerin wurde durch die Explosion eines Feuerlöschapparates schwer verletzt.

Viele Säuglinge schreien oft Tage und Nächte, weil sie durch Blähungen gequält werden, welche durch die in groben Klumpen genommene Kuhmilch im Darne der Kinder verursacht wird. Gibt man als Nahrung einen Zusatz von „Aufe!“ zur Milch, so wird deren Gerinnung feinfädiger, und die Kinder erfreuen sich wieder eines ruhigen Schlafes und gedeihen vorzüglich.

Verantwortlicher Redakteur Fr. Meier. Kamen.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 24. März, vorm. 11 1/2 Uhr, werde ich beim Wirt Bur-gemeister in Werwe:

2 ungefähr 6 Wochen alte Schweine

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Kamen, 22. März 1911.

Falley,
Gerichtsvollzieher.

Saison-Eröffnung

Gebr. Kaufmann, Kamen

Bahnhofstraße 7.

Bahnhofstraße 7.

Unsere Abteilung Damen-Konfektion

ist auf das Reichhaltigste sortiert und mit den neuesten Moden ausgestattet. Da wir speziell der Abteilung Damen-Konfektion die größte Aufmerksamkeit widmen, ist der große Erfolg, den wir in der Kürze unseres Bestehens zu verzeichnen haben, der beste Beweis der Zufriedenheit unserer Kundschaft.

459

Schwarze Tuch-Paletots

halbanliegend, mit Seidengarnierung, 100—120 Ztm. lang . . 54, 45, 32, 25, 18.-

Engl.gemusterte Paletots

am Kragen mit farbiger Tuchblende u. Seiden-papellierung, 100—120 Ztm. 39, 28, 21, 15, 7.50

Staubmäntel

in uni und gemusterten Stoffen, mit Rücken-falte und halbanliegend 25, 18.50, 14, 9.50, 7.90

Ein Posten Jackenfleider

in dunkelblau, teils auf Seide, in vornehmer Ausführung 45, 32, 25, 21.-

Bortellhaftes Angebot Blusen

Die neuesten Rimono in Batist, Wolle, Seide 25, 14, 9.50, 3.75

Kostüm-Röcke

in großer Auswahl. 19.50, 15, 11, 9, 3.25

F. C. Meermann

Kamen

Weststrasse 13.

Für Konfirmanden und Kommunikanten

empfehle:

Für Mädchen:

Hemden, Beinkleider, Korsetts,
Tuch- und Feston-Röcke,
Strümpfe, Glacé- u. Stoffhand-
schuhe, Taschentücher etc.

Für Knaben:

Hemden, Kragen, Manschetten,
Vorhemden, Schlipse, Hosen-
träger, Socken, Handschuhe,
Manschettenknöpfe etc.

Grösste Auswahl in Kommunion- und Engelkränzen, Schürpen, Kerzentüchern
und weissen Stoffen für Engelkleider.

Voranzeige!

Die Eröffnung meiner Konditorei

verbunden mit

neuezeitlich eingerichteten Café

findet am 1. April statt.

Bäckerei wird im früheren Umfange aufrecht
erhalten.

Karl Hillmann.
Kamen, Markt 3.

Mehrere 1000 Rollen Tapeten - Reste

zum Ausfuchen
die Rolle 15 u. 20 Bfg.
Drogerie H. P. Thiel,
Kamen, Dfstrasse 21,
Fernruf 180. 422

Garten- Sämereien

nur echte feinkräftige Ware.
Drogerie H. P. Thiel,
Kamen, Dfstr. 21, Fernruf 180.

Geld

in jeder Höhe auf
monatliche Rück-
zahlung. Heide, Dort-
mund, Stauffenstr.
45. Rückp. 3. Hauje 10-12 u. 4-6.
Ueber 1/2 Million ausbezahlt. 454

Institut Volk

Simon u. i. Thür.
Einj., Fähn.-, Prim.-Abitur. (Ex.)
Schnell, sicher. St. frei. hso1

Wybert-Tabletten

Schützen
RAUCHERRENNER
vor Husten, Heiserkeit, Katarh
Hundert von Sängern und
Gesangsvereinen bezeugen ein-
mütig die hervorragenden
Eigenschaften der
Wybert-Tabletten
auf den Hals, Klarheit und
Kraft der Stimme wird sofort
durch Gebrauch von
Wybert-Tabletten
erzielt. Ein Versuch über-
zeugt. Vorrätig in allen Apo-
theken à Mk. 1.- m201
Depot in Kamen: 1296
Adler-Apothek, Königstr. 1.

Warnung!

In meinem Garten habe ich
Gift gelegt.
Süd-Kamen. R. Dietermann.

Bekanntmachung.

Wir weisen darauf hin, daß es verboten ist, die Straßen-
bahnwagen während der Fahrt zu besteigen bzw. zu verlassen.
Desgleichen ist den Lastfuhrwerken das Befahren des Bahn-
körpers in der Längsrichtung, soweit der Fahrdamm neben
dem Gleise genügend Raum bietet, verboten.
Die Polizeibeamten und das Straßenbahnpersonal sind
angewiesen, auf die strikte Befolgung dieser Vorschriften zu
achten und Zuwiderhandelnde zur Anzeige zu bringen.
Kamen, den 20. März 1911.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Gefundene Sachen.

Es wurden gefunden: 1. Am 1. Mai 1910 eine Brosche,
Bahnhofstrasse. 2. Am 2. Juni 1910 Schlüsselbund mit 3 Schlüsseln,
Weistrafse. 3. Am 30. Juni 1910 Eine Mantel, Lünenerstrasse. 4. Am
8. Juli 1910 Ein Paar schwarze Lederne Pantoffeln, Marktplatz. 5. Am
8. Juli 1910 Drauring, Weddinghofstrasse. 6. Am 15. August 1910
Groschen-Uhr mit Kette, Lünenerstrasse. 7. Am 4. September 1910 2
Kriegsdenkmünzen, Weistrafse. (Doppelter Sturmkreuz und Kriegsdenk-
münze 1870/71) 8. Am 22. September 1910 Portemonnaie mit 7 Mark
Inhalt, Kampstrasse. 9. Am 3. Oktober 1910 graubraune Pferdedecke,
Schillstrasse. 10. Am 8. November 1910 Damenportemonnaie mit 1 Mk.
und 5 Bfg. Inhalt, Markt. 11. Am 25. Februar 1911 gelbbraun ge-
fleckter Hund, Oberer Schleppweg. 12. Am 10. März 1911 schwarz-
weiß gefleckter Hund, Weistrafse.
Kamen, den 21. März 1911.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Oetker's Vanillin Zucker

ist das beste und
billigste Gewürz für
Kuchen, Puddings und
alle Süßspeisen.

Knaben-Institut Spielwigge

bei Lüdenscheld. - Gegründet 1858. m6671
Gesunde Lage in ländlicher Stille. Schnelle und sichere Vorbereitung
für die oberen Klassen höherer Schulen; gewissenhafte Beaufsich-
tigung; beste körperliche Pflege. - Pensionspreis gering.
Prospekt frei. Dr. Rentrop.

Musikverein Kamen.

Am Freitag, den 24. März 1911, abends 8 Uhr:

III. Vereins-Konzert

im Saale des Herrn Friedrichs (Bahnhofs-Hotel).

Leitung: Herr Königl. und städt. Musikdirektor
P. Seipt, Hamm.

Gesang: Frau Erica Hehemann, Essen.

Klavier: Herr F. Ohmann, Kamen.

I. Teil:

Chorlieder, Klavier- u. Gesang-Solis.

II. Teil:

Finale aus der unvollendeten Oper „Loreley“
v. Mendelssohn-Bartholdy

für gemischten Chor, Sopransolo und Klavier.

Konzertflügel: Rud. Ibach, Sohn, Barmen. 1408

Karten im Vorverkauf bei den Herren W. Felting,
C. Holtmann, sowie bei den Mitgliedern des Vereins
1. Platz 2 M., 2. Platz 1 M., Schülerkarten 0.50 M.

Wir lösen von unseren Geschäftsfreunden schon
von heute ab sämtliche am 1. April cr. fälligen

Zins- und Dividenden- Scheine

speisenfrei an unserer Kasse ein. 423

Westfälische Kreditanstalt Kamen.

Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Wir sind Abgeber nachstehend verzeichneter mündel-
sicherer Werte:

4% Schuldverschreibungen des Provinzial-Verbandes der Provinz Westfalen, V. Ausgabe

— Verstärkung der Tilgung über 1% hinaus bis
1. Oktober 1916 ausgeschlossen, Stücke zu M. 5000,
2000, 1000, 500 und 200, mit Zinslauf vom 1. Ok-
tober 1910 oder 1. Januar 1911 ab — zum Tages-
kurse (9 Monate Sperrverpflichtung)

3 1/2% Schuldverschreibungen der Rheinprovinz

— Stücke zu M. 5000, 2000, 1000 und 500, mit
Zinslauf vom 1. Januar 1911 ab — zum Tageskurse
(9 Monate Sperrverpflichtung) — alles mit 1/10 %
Stempel

Westfälische Kreditanstalt, Kamen,

Kommanditgesellschaft auf Aktien. 457



Frische keimfähige Sämereien

nur in prima Qualität,

sowie die verschiedensten Frühjahrsblumen, Nelken,
Stiefmütterchen, Goldblat, Marienblümchen, dunkelrot
und weiß, Bergfarnkeimling usw., Winterkappas und
Kohlpflanzen empfiehlt

Gärtnerei L. Militz,

Kamen, Westentor, am Straßenbahn-Depot.

Telefon 212. 456



Freiwillige Feuerwehr Overberge.

General-Versammlung

der aktiven und passiven Mit-
glieder 458

Sonntag, den 26. März,

nachm. 4 Uhr,

bei dem Wirt Schmülling.

Tages-Ordnung:

1. Rechnungslage.

2. Wahl des Vorstandes.

3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen
ersucht

Der Vorstand.

Methler!

Zwecks Wiederaufrichtung des
Junggesellen-Vereins
„Einigkeit“

werden die Junggesellen gebeten,
am Sonntag, den 26. d. M.,

nachm. 4 Uhr,

im Lokale des Gastwirts Heintz.

Buße zu erscheinen. 455

Mehrere Junggesellen.

Schreinergrundstück oder Haus
mit größerem Hofraum sofort
gekauft. Angebote u. „K. R. 183“
postlag. Gütersloh. 443

Eine bessere Wohnung

auf sofort zu vermieten.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle d. Bfg. 436

Wohnungen

jeder Größe ver-
mietet man am schnell-
sten durch Anzeigen in
der

Kamener Zeitung.

Suche ein braves

Dienstmädchen

Kamen. 425

Rud. Köhling.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelisch-lutherische Kirche.

Freitag, den 24. März cr.,

abends 7 1/2 Uhr:

Passionsgottesdienst.

Pastor Gwald.

Der heutigen Aus-
gabe unserer Zeitung liegt ein
Prospekt der Firma

Karl Friedrich Bartels

in Straßburg

bei, worauf wir hierdurch be-
sonders hinweisen.

Druck u. Verlag von G. May in Göttr

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insektions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamazeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“

dreimal wöchentlich

Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 35.

Donnerstag, den 23. März 1911.

39. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Sitzung vom 20. März.

Die Beratung wird beim Reichsversicherungsamt fortgesetzt. — Abg. Eichhoff (Sp.) wünscht eine Klärung der Stellung der Hausgewerbetreibenden zu der Invalidenversicherung. Der Billigkeitsrat muß auf jeden Fall ein Ende gemacht werden. — Abg. Hansen (Dän.) wendet sich gegen die Ausweisungsvorgänge, die gegenüber rentenberechtigten Ausländern getrieben werden. — Abg. Sacke (Soz.) fragt, zu welchen Zinssätzen die Gelder der Versicherungsanstalten ausgeliehen werden, und nach welchen Grundätzen die Höhe des Zinsfußes erfolgt? — Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Die Beschlüsse des Reichsversicherungsamtes sind in Aussicht genommen, daß nur die Ausländer die Rente verlieren sollen, die durch ein Strafverfahren gezwungen werden, das Ausland zu verlassen. Es würde zu weit führen, über die Anlage der Gelder in den Berichten der Versicherungsanstalten Angaben zu machen. — Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Es ist höchst eigenartig, daß ein Freisinniger das Reichsversicherungsamt anregt, weil es den Kreis der Versicherungspflichtigen zu erweitern sucht. — Abg. Eichhoff (Sp.) befreit, daß er das getan habe. — Beim „Kanalamt“ bringt Abg. Severing (Soz.) Arbeiterwünsche vor. Der Redner bedauert die Einstellung italienischer Arbeiter bei den Arbeiten beim Kaiser-Wilhelm-Kanal. — Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquieres: 70 Proz. der Arbeiter sind Deutsche, die übrigen Italiener und Polen. Wir stellen sie aber nicht gern ein, nur weil wir keine deutschen Arbeiter haben. — Abg. Sacke (Soz.) führt aus, in Deutschland würden über eine Million ausländischer Arbeiter beschäftigt; aber es sei besser, fremde Arbeiter einzustellen, als die Betriebe stillzulegen. Redner empfiehlt eine Resolution, die sich gegen die Konkurrenz der fremden Flotten in unserer Binnenschifffahrt richtet. Wenn es nicht möglich ist, den deutschen Schiffen die Konkurrenzfähigkeit völlig zu reservieren, so sollten wenigstens alle von der Regierung zu vergebenden Frachten nur an Deutsche gegeben werden. — Direktor v. Jonquieres:

erhebt rechtliche Bedenken gegen die Resolution. — Abg. Sacke (Soz.) begründet eine Resolution auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Frage, wie der von Peter-Jensen-Möhlhörn projektierte Eiderkanal im Interesse des Reichs am besten zu fördern sei. — Abg. Wommelsdorf (nrl.) befürwortet gleichfalls das Peter-Jensen-Projekt. Der Handel in der gesamten Ostsee würde davon großen Vorteil haben. — Direktor v. Jonquieres: Die erste Kommission ist zu keinem positiven Ergebnis gekommen. Jetzt fordert man die zweite. Für die Vorarbeiten des Projekts sollten doch die Kreise sorgen, die von dem Kanal Vorteil haben, vor allem die Stadt Ederne. Die Hamburger Reedereien verhalten sich ablehnend. Sollen wir die vielen Millionen ins Wasser werfen? Auf die Gefahr, daß nachher niemand den Eiderkanal bauen kann? — Gegen eine Zentrumsresolution auf Aufhebung der Abbonnentenversicherung erhob der Staatssekretär Bedenken, erwartete aber bestimmt das Zustandekommen des Privatbeschlusses. Dienstag Fortsetzung.

Sitzung vom 22. März.

Präsident Graf Schwerin: So wie am 21. März des Jahres 1871 der damalige Präsident von Preußen-Ludwigskanal der erste, so habe ich genau nach 40 Jahren die 3425. Sitzung des deutschen Reichstages eröffnet, was die Herren interessieren dürfte. (Das Haus hat sich bei Beginn der Rede des Präsidenten erhoben und bricht nach diesen Worten, auf die sich der Präsident beschränkt, in lebhaften Gelächter aus.)

Darauf wird die zweite Lesung des

Staats des Reichsamtes des Innern

fortgesetzt. Zunächst steht das Gesetz über den Hinterbliebenen-Fonds und den Reichsinvaliden-Fonds zur Debatte, durch das die nach der letzten Reichstagssitzung noch ein Jahr hinausgeschoben wird. — Abg. Mugdan (Sp.): Ein Verprechen des Reichstages blieb ungelöst; der Fall beweist so recht die papierenen Sozialpolitik des Zentrums. Weshalb löst man das feierliche Versprechen des Reichstages nicht ein? Wer für diese Vorlage stimmt, beweist, daß es ihm nicht ernst damit ist, den Witwen und Waisen zu helfen. Auf die noch ganz ungelöste Reichsversicherungssatzung kann man die Arbeiter-Hinterbliebenen nicht verdrängen. Wir beantragen, daß

diese Versicherung schon am 1. Oktober 1911 in Kraft tritt. — Abg. Hausmann (nrl.): Wir nehmen die Vorlage an, weil von ihrer Ablehnung die Hinterbliebenen nichts hätten, werden aber alles tun, um das Gesetz unter Dach und Fach zu bringen. — Abg. Trimborn (Str.): Wir stimmen für ein Gesetz nur, um das Hauptgesetz um so sicherer zu erreichen. Will die Volkspartei wirklich die Hinterbliebenen-Hilfe, dann soll sie die Reichsversicherungssatzung annehmen. — Abg. Graf Bismarck (konf.): Wir sind für das Gesetz. Was soll es den Hinterbliebenen helfen, wenn das Gesetz fällt? Etwas Positives würde nicht erreicht werden. Es ist ganz unmöglich, aus der Reichsversicherungssatzung die Bestimmungen herauszuschälen und rasch zum Gesetz zu machen. Wenn die Linke wirklich etwas Positives tun will, soll sie für Annahme der Reichsversicherungssatzung sorgen. — Abg. Molkenbühr (Soz.) betont, seine Partei lehne das Gesetz ab, da es einmal der Anfang mit der vom Reichstage beschlossenen Hinterbliebenenversicherung gemacht werden müsse. — Abg. Schulz (Np.): Wir sind für das Gesetz. Bei gutem Willen aller Parteien kann die Reichsversicherungssatzung noch in dieser Session zustande kommen. Wir werden uns freuen, wenn der Gedanke der Hinterbliebenenversicherung, der von unsern Fraktionsgenossen Herr von Stumm herüber, bald verwirklicht würde.

Präsident der Seehandlung Dombais erklärt auf Anfrage, daß der Fonds aus 51,5 Millionen Mark angewachsen ist. — Abg. Behrens (Nrl.) stimmt der Vorlage zu. — Abg. Mugdan (Sp.): Wir verwarfen uns gegen die Ausführungen des Abg. Schulz. Es ist unklar, in der Bevölkerung den Glauben zu erwecken, daß die Reichsversicherungssatzung glatt durchgeht. Ihr Schicksal ist noch nicht sicher, und daher das der Hinterbliebenen-Versicherung noch mehr. Kommt diese nicht zustande, dann ist die Mehrheit schuld, die sie mit der Reichsversicherungssatzung verknüpft hat. — Abg. Weder-Verburg (Str.): Wie kann man verlangen, die Hinterbliebenen-Versicherung vor der Reichsversicherungssatzung in Kraft zu setzen! — Abg. Mugdan (Sp.): Wenn Sie nicht bis in den letzten Abend sitzen, sondern Sie mir bis morgen Zeit lassen, löse ich die Frage mit Leichtigkeit. — Staatssekretär Dr. Delbrück: Herr Mugdan irrt sich, wenn er glaubt, daß die Hinterbliebenenversicherung vor der Reichs-

versicherungssatzung in Kraft gesetzt werden kann. (Hört, hört!) Wenn die Reichsversicherungssatzung nicht zustande kommt, so trifft die Schuld wahrhaftig nicht die verbündeten Regierungen. — Abg. Mugdan (Sp.): Kommt die Versicherungssatzung zu Fall, so hat die Regierung die Schuld. So kommt man natürlich in solche parlamentarischen Kräfte hinein. Wenn das so weiter geht, werden wir tatsächlich vor nichts als einem Berg von Scherben stehen. — Staatssekretär Dr. Delbrück: Natürlich, wenn man sich geradezu auf den Moment freut, vor einem Berg von Scherben zu stehen! (Große Unruhe links.) Wie soll sich die Regierung über die 1800 Paragraphen mit den Parteien verständigen, Parteien mit so verschiedenen Meinungen! Die großen Richtlinien der Vorlage sind beibehalten worden und ohne Kompromisse geht es nicht ab. Der Gesetzentwurf wird nach unversöhnlicher weiterer Debatte in erster und gleich darauf auch zweiter Lesung gegen Volkspartei, Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Es folgen die noch ausstehenden Titel über die Verwendung der Kalkabgabe. Die Kommission hatte den Verwendungszweck spezifiziert. Ein Antrag der Volkspartei fordert, daß Organisationen, die politische Zwecke verfolgen, weder mittelbar noch unmittelbar Propagandaabsichten erhalten, weiter hat die Volkspartei eine Resolution eingebracht, wonach auch die kleinen Abnehmer Rabatte erhalten, und der höchste Rabatssatz bei einem Bezuge von 20 000 Doppelzentnern erreicht werden soll. — Abg. Speck (Str.): Bei der Verteilung der Gelder müssen nicht nur die landwirtschaftlichen Organisationen, sondern alle ohne Ausnahme berücksichtigt werden. Sie müssen beweisen, daß sie das Geld wirklich nur im Interesse der Kulturpropaganda verwenden. Mit den Rabatten können die Organisationen machen, was sie wollen. Wir werden der Resolution der Volkspartei im Interesse der kleineren Organisationen zustimmen. Bedauerlich ist es, daß nicht auch die einzelnen Bundesstaaten Propagandagelder erhalten. — Unterstaatssekretär Richter erklärte, daß bei der Verteilung dieser Gelder keine Unterbeteiligung gemacht werden sollten. — Abg. Sacke (Soz.) forderte Aufschluß des Bundes der Landwirte von der Verteilung der Propagandagelder. — Unterstaatssekretär Richter erwiderte dem Vorredner, daß von der behaupteten Vergeßlichkeit ausländischer Kleinbetriebe durch das Ausland keine Rede sein könne. Mittwoch: Hinterbliebenen-Fonds Fortsetzung.

Nachklänge zum Moabiter Krawallprozeß.

Erst jetzt, nach mehr als zwei Monaten, ist dem „B. T.“ zufolge das Urteil im ersten Moabiter Krawallprozeß den Verurteilten schriftlich zugestellt worden. Es umfaßt 208 Foliosseiten und gibt eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts und der Gründe, die zur Verurteilung der Angeklagten geführt haben. Nach einer eingehenden Darstellung der einzelnen Fälle befaßt sich das Urteil in ausgedehnter Weise mit den Maßnahmen der Polizei, deren Pflichterfüllung es im allgemeinen hervorhebt. Auf der anderen Seite sind aber auch die Feststellungen des Urteils über die polizeilichen Übergriffe ausgiebig behandelt. Das Urteil führt aus, daß dem Urteile der Verteidigung gemäß eine große Beweisaufnahme habe erfolgen müssen. Es heißt dann wörtlich: „Wenn man auch alle Schwierigkeiten berücksichtigt, soviel bleibt immerhin übrig, es handelt sich nicht um vereinzelte Mißgriffe von Beamten, sondern das Gericht hat die Überzeugung gewonnen, daß dies in einer größeren Anzahl von Fällen insbesondere durch grundlose Beleidigungen und vielfach durch Schläge geschehen ist.“ Die Länge des Prozesses wird im Urteil damit erklärt, daß der Abschluß des Verfahrens durch die Verbindung der Sachen verzögert worden ist. Bei einer Verhandlung gegen jeden einzelnen Angeklagten hätte die Aburteilung schneller stattdessen können.

Aus aller Welt.

— Die Tagesration der Heere Europas. In der „Lettura“ berechnet E. Role, was für den täglichen Unterhalt der großen europäischen Heere erforderlich ist. Nach ihm verzeihen die Heere der sechs europäischen Großmächte, die in Friedenszeiten mehr als drei Millionen Krieger unterhalten, jeden Tag: 45 000 Zentner Brot, 30 000 Zentner Fleisch, 15 000 Zentner Konserve, 6000 Zentner Reis, 1800 Zentner Speck, 1200 Zentner Salz, 1860 Zentner Zucker, 1440 Zentner Kaffee und 7500 Zentner Wein. Dazu kommen dann noch die Kartoffeln und Gemüse. Nach Role's Berechnung würde ein europäischer Krieg den sechs beteiligten Großmächten aufkommen eine tägliche Ausgabe von mehr als 150 000 Millionen Mark auferlegen.

— Beiraste Duellanten. Unter dem Vorherrschen des Kommandanten von Berlin, des Generalleutnants v. Boehn, verhandelte das Kriegsgericht der Landwehrinspektion in einer Duellaffäre. Angeklagt waren Generalmajor z. R. Müller, Hauptmann und Batteriechef Feige und Leutnant Viehling. Der General hatte sich wegen Kartelltragens, die anderen Angeklagten hatten sich wegen Zweikampfes mit tödlichen Waffen zu verantworten. Die Gattin eines der letztgenannten Herren spielte in der Affäre eine Rolle. Irgendwegen kam es zur Forderung. Das Duell wurde im Oktober vorigen Jahres im Grunewald ausgetragen. Die Bedingung lautete auf Angelockung bei zwanzig Schritt Distanz. Der Zweikampf nahm einen unblutigen Verlauf. Das Urteil lautete gegen Generalmajor Müller auf einen Tag, gegen Hauptmann Feige auf fünf Monate und gegen Leutnant Viehling auf drei Monate Festungshaft.

— Familien-drama. Als der 36-jährige, in der Koloniestraße zu Berlin wohnende Stellmacher Walda, der als arbeitsscheuer, roher Geselle und Trinker bekannt ist, in der Nacht wieder schwer betrunken nach Hause kam, mißhandelte er seine Frau in furchtbarer Weise. Die schwache Frau suchte sich zu wehren und verwehrte dem Rasenden, als er sie würgte, einen Fußtritt und stürzte sich dann mit ihren Kindern zu Verwandten. Als sie früh in ihre Wohnung zurückkehrte, fand sie ihren Mann dort tot auf. Wahrscheinlich wurde ihm durch den Fußtritt eine Krampfadern verlegt, so daß er verblutet ist.

— Schwerer Baunfall. Am Alexanderplatz des Kaufhauses Wertheim am Alexandersplatz in Berlin ereignete sich ein folgenschwerer Baunfall, bei dem 7 Arbeiter verletzt wurden. Im sogenannten Tiefkeller brach ein eisernes Gerüst, auf dem sich 5 Arbeiter befanden, zusammen. Die Arbeiter stürzten in die Tiefe und wurden schwer verletzt. Durch herabfallende Holzstücke wurden zwei unten stehende Arbeiter ebenfalls erheblich verletzt.

— 20 000 Mark und Juwelen gestohlen. Ein großer Diebstahl ist in der Sonntag-Nacht bei der Expeditionsfirma Jacob & Valentin in der Holzmarktstraße zu Berlin ausgeführt worden. Dort erbeuteten bei einem Geldschrankbruch Spitzbuben ungefähr 20 000 Mark in barem Geld, viele Schmuckgegenstände, Preussische Konjols und Scherben.

— Revision im Nordprozeß von den Weiden. Das Todesurteil im von den Weiden-Prozeß hat großes Aufsehen hervorgerufen. Der

Verteidiger Justizrat Reis hat Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Ein brutaler Kosak.

Ein Grenzwechsellfall mit beklagenswerten Folgen ereignete sich, wie aus Memel gemeldet wird, in der Nähe der Polanger Landungsbrücke. Drei Fischer aus Nimmerstatt, namens Pencis, Wintz und Schuchel, segelten am Vormittag auf See hinaus, um an gewohnter Stelle in der Höhe von Polangen die Dorschangeln auszuliegen. Auf der Rückfahrt hatten sie scharfen Gegenwind und kamen nachmittags 1 Uhr kreuzend auf etwa 100 Meter an die erwähnte Brücke, auf der befand sich ein Militärposten der russischen Grenzbesatzung. Der Soldat bemerkte das deutsche Fischerboot, legte ohne jeden Grund feindselig sein Gewehr auf die Brückenhaut, um recht sicher zielen zu können, und gab auf die Fischer einen Schuß ab, der dem Fischer Pencis beide Oberextremitäten über den Knien durchbohrte. Auf fortgesetztes Rufen und Winken der Bedrohten, ließ der Soldat vom weiteren Schießen ab. Der Schwerverwundete mußte drei Stunden ohne ärztliche Hilfe bei kaltem Wetter am Strande liegen, ehe ein Wagen herbeigefahren wurde, der ihn zur Stadt brachte, wo ihm ein Notverband angelegt wurde.

Nach Erledigung aller Formalitäten schaffte man die Fischer mit dem Verwundeten nachts 12 Uhr über die Grenze, um sie dem dort stationierten Gendarmenwachmeistler zu übergeben. Durch dessen Bemühungen gelang es, Pencis bald darauf nach der Kreisheilanstalt Memel zu schaffen. Nur seiner außerordentlich kräftigen Natur ist es zuzuschreiben, daß er mit dem Leben davonkommen dürfte. Das preussische Grenzkommissariat in Memel wurde sofort von dem Vorfall benachrichtigt, um die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Zu Tode mißhandelt.

Ihr sechs-jähriges Mädchen zu Tode mißhandelt hat die Ehefrau des Kellners Heise in Memel. Das Ehepaar hat zwei Mädchen im Alter von zwei bis sechs Jahren. Das ältere Kind, namens Grete, ein hübsches Mädchen mit einem Lodenrock, befand sich bis vor sechs Monaten bei der Großmutter in Pflege. Seit es bei den Eltern weilt, hatte es ein wahres Martyrium durchzumachen. Bei der gering-

sten Unachtsamkeit, oft auch ohne jede Ursache, erhielt es brutale Schläge.

Die Mißhandlungen verschlimmerten sich, als der Ehemann, der früher in Mannheim beschäftigt war, eine Stellung in Frankfurt a. Main annahm und die Frau mit den Kindern allein zurückblieb. Dieser Tage drangen wiederum furchtbare Schreie aus der Heise'schen Wohnung, so daß sich die Nachbarn endlich veranlaßt sahen, einen Schuchmann herbeizuholen. Dieser fand das Kind mit blutigen Wunden am Kopf, brann und blau geschlagen, im Bett vor. Der Beamte verbot der erschrockenen Mutter jede fernere Mißhandlung, und die Frau versprach auch, von weiteren Schlägen abzusehen. Kaum hatte sich jedoch der Schuchmann entfernt, so erfaßte sie erst recht der Zorn über das Einschreiten der Polizei, und nun schlug sie in noch weit unbarmherziger Weise auf das im Bett liegende Kind mit einem Stuhlbein und einem Schrubber so lange ein, bis es keinen Laut mehr von sich gab. Als die entmenschte Mutter sah, daß das Kind sich nicht mehr rührte und sein junges Leben ausgehaucht hatte, verließ sie in ihrer Raserei das Haus und fuhr zu ihrem Mann nach Frankfurt. Dieser traf bald darauf mit ihr in Mannheim ein, worauf sich die Frau, wahrscheinlich auf Anraten des Mannes, sofort zur Polizei begab und ihre Tat eingestand. Sie wurde in Haft genommen und die Wohnung polizeilich geschlossen. Der Mann selbst ist völlig gebrochen. Die Leiche des Kindes brachte man nach dem Schachause. Die unglückliche Kleine wird als durchaus artig geschildert. Die furchtbare Tat kann nur auf das aufgeregteste Wesen, das die Frau stets zur Schau trug, zurückgeführt werden. Sie ist eine aufgereizte, nervöse Person, die über die geringste Kleinigkeit gereizt war. Dem jüngsten Kinde war sie im Gegensatz zu der sechs-jährigen Grete sehr zärtlich. Die Untersuchung der Leiche des Kindes ergab, daß ihm der Schädel eingeschlagen war; außerdem zeigte der kleine Körper noch zahlreiche mehr oder minder schwere Verletzungen.

— Interessantes vom Tage. Königin Victoria Eugenie von Spanien muß ihre Kinder vor der Liebe ihrer Untertanen schützen. Sie hat ein Verbot erlassen, die königlichen Kinder zu küssen. Das hat patriotische Nachahmung gefunden, und alle Mütter, die auf sich etwas geben, haben seitdem ihren Lieblichen ein Schied um den Hals gehängt, auf dem steht: „Bitte, mich nicht zu küssen!“

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 21. März.

Das Haus führte die Beratung über den Vergeat zu Ende. Abg. Spitzig (H.) brachte Klagen über die Schäden durch die Abwässer der Bergwerke, Abg. Maurer (nall.) Wünsche der Steiger in Bezug auf Lohnaufbesserung vor. — Abg. v. Rappenheim (H.) sprach über diverse lokale Wünsche. — Abg. Roeren (Str.) beklagte, daß durch die verheerenden Ueberreibungen der Sozialdemokratie es demjenigen, dem das Wohl der Bergarbeiter am Herzen liege, schwer gemacht werde, positiv zu arbeiten. Der Redner hat um eine Aufbesserung der lokalen Bergleute im Saarrevier, die solcher würdig seien. — Abg. Glattfelder (Str.) beklagte, daß die Bergverwaltung sollte bei Reanlagen den Arbeitern etwas Land in Pacht geben. — Abg. Maurer (nall.) beklagte, daß die Bergverwaltung gesteuert werde, wenn die Wünsche der Arbeiter in mehr oder weniger angenehmer Form flundenlang vorgebracht würden. Darauf wurde ein Gesetzentwurf betr. die Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Bergverwaltung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nach kurzer weiterer Debatte, in der lokale Wünsche vorgebracht wurden, wurde der gesamte Vergeat bewilligt. Es folgte der Etat der Zentral-Genossenschaftskasse. — Abg. Mehenstein (H.) sprach sich anerkennend über die Tätigkeit des Instituts aus, aus dem auch der Staat gute Einnahmen erziele. — Unterstaatssekretär Michaelis stellte kurz einige über die Zentral-Genossenschaftskasse in der Öffentlichkeit verbreitete Unrichtigkeiten klar. — Abg. Dr. Stoll (Str.) brachte zur Sprache, daß auf einer Landratskonferenz in Schlesien empfohlen worden sei, die Landräte sollten sich in jeder Weise um die Genossenschaften kümmern. Dem könne man nicht zustimmen. Der Landrat solle wohl anregen, Genossenschaften zu gründen, damit solle seine Tätigkeit aber auch beendet sein. — Finanzminister Dr. Lenke erklärte, er könne nichts Tadelhaftes an der vom Vorredner erwähnten Landratskonferenz und ihrer Stellung zum Genossenschaftswesen finden. — Abg. Rogalla von Bieberstein (H.) beklagte, daß ein Stillstand in der ostpreussischen Entschuldigungsaktion eingetreten sei. Regierungseitig wurde erklärt, in der Entschuldigungsfrage könne man nur vorwärtsschreiten in Verbindung mit den Genossenschaften. Nach ungewisser weiterer Debatte wurde der Etat genehmigt, ebenso die Etats des Herrenhauses, des Abgeordnetenhauses und der allgemeinen Finanzverwaltung. Mittwoch: Kleine Vorlagen und Feuerbestattung.

Deutschland.

— (Das Kaiserpaar in Kiel.) Das Kaiserpaar und die Prinzessin Viktoria Luise wurden auf dem Kieler Bahnhof vom Prinzen Heinrich von Preußen nebst Gemahlin und der hohen Admilität empfangen. Die Kaiserin mit ihrer Tochter nahm im königlichen Schloß, der Kaiser an Bord des Flottenflaggenschiffs „Deutschland“ Wohnung. An Bord der „Deutschland“ hatte sich auch Reichslanzier von Bethmann-Hollweg eingefunden. — Der Aufenthalt des Kaiserpaars, und später auch des Kronprinzenpaars, auf der Insel wird einen streng privaten Charakter tragen. Alle offiziellen Begrüßungen kommen in Fortfall. Auch der ursprünglich geplante feierliche Empfang durch König Georg von Griechenland wird unterbleiben.

— (Das Kronprinzenpaar in Neaplen.) Der Kronprinz verbrachte die letzte Zeit viel auf Jagd. In Begleitung von Hauptmann Darrell und Major Solth Houd jagte er in der Nähe der Pyramiden. In der Wüste war ein Bist aufgeschlagen, wo die Kronprinzessin mit Gefolge lagerte. Am 29. März erfolgt die Abreise nach Sizilien auf einem italienischen Schiffe. Zuvor wird der Kronprinz noch drei Tage in der Umgegend von Sizilien auf Jagd gehen.

— (Ein neuer Sproß im Weimarer Fürstentum.) Die Herzogin Feodora von Sachsen-Weimar hat eine Tochter das Leben gegeben. Das Befinden von Mutter und Kind ist gut. Die Prinzessin ist das erste Kind aus der am 4. Januar 1910 geschlossenen zweiten Ehe des Großherzogs Wilhelm Ernst mit der Prinzessin Feodora von Sachsen-Meiningen. Seine erste Ehe mit der Prinzessin Karoline von Neuchâtel nach 14-jähriger Dauer durch den Tod der Großherzogin gelöst wurde, war kinderlos.

— (Im preussischen Herrenhause wurde eine von 23 Mitgliedern des Hauses unterzeichnete Interpellation eingebracht, die die Regierung über ihre Stellung zum Modernisteneid befragt. — Die Staatsregierung wird befragt, ob sie den Eid mit den von den Professoren übernommenen Verpflichtungen für vereinbar hält, ob sie nicht der Ansicht sei, daß das Ansehen der Universitäten eine Minderung erfahre, wenn sich einzelne Gelehrte nach Art des Modernisteneides binden, und was sie zu tun gedenke, die Würde der preussischen Universitäten zu wahren.

— (Parlamentarische Kommissionen.) Die Budgetkommission des Reichstages führte am Dienstag die Beratung des Etats für Kamerun zu Ende. Es wurde beschlossen, Versuche zur Einführung der Baumwollkultur auch in Kamerun anzustellen und für diesen Zweck die Summe von 65 000 Mk. bewilligt. Bei der Zuständigkeitsverwaltung wurde die Verbanung von 50 Soldaten wegen Meuterei nach Südwest zur Sprache gebracht. Einem fortschrittlichen Abgeordneten schienen Mißverständnisse vorzuliegen; er bat um Milderung der Strafe. Beim Etat für Togo wurde die endgültige Befehung des Gouvernements in nahe Aussicht gestellt. Der Titel Staatssekretär des Reichskolonialamts wurde genehmigt. — Die Reichstagskommission für die Reichsversicherungsordnung begann am Dienstag die dritte Lesung. Der in den beiden vorhergehenden Lesungen abgeleitete Paragraf, der den Kostenbeitrag der

Knappheitsklassen zum Versicherungsamt festsetzt, wurde wiederhergestellt.

— (Die Verfassungsvorlage für Elsaß-Lothringen erhielt ein Loch, da die Zusammenfassung der ersten Kammer regelnde Hauptbestimmung abgelehnt und kein Ersatz für sie geschaffen wurde. — Die Debatte bewegte sich besonders um das Berufsrecht des Kaisers und um die Entsendung von Arbeitervertretern in die erste Kammer. Die Volkspartei beantragte, die Zahl der vom Kaiser ernannten Mitglieder dürfe den dritten Teil der Gesamtzahl der übrigen Mitglieder nicht übersteigen. Das Recht des Kaisers, die Hälfte der Mitglieder zu ernennen, gehe zu weit, da der Kaiser auch die Mitglieder ernenne, die Kraft ihres Amtes zur ersten Kammer gehörten. Die Redner der Volkspartei, der Nationalliberalen und der Sozialdemokraten forderten drei Arbeitervertreter, die Redner der Rechten beklagten diese Forderung. Ein Zentrumsantrag wünschte bessere Vertretung der Landgemeinden und der Geistlichkeit. Staatssekretär Delbück betonte, das Gesetz sei so liberal wie möglich, aber gewisse Garantien müßten doch vorbehalten bleiben. Der Bund nach voller Autonomie sei nie aus dem Lande selbst genährt worden. Die Verbündeten Regierungen würden jetzt auch in minder wichtigen Punkten nicht weiter nachgeben. Bei der Abstimmung wurde dann nur der Absatz angenommen, wonach zwei Bischöfe sowie die Präsidenten des Oberkonsistoriums, des Synodalvorstandes und des Oberlandesgerichts in die zweite Kammer zu berufen sind; ein Beschluß wegen der übrigen Mitglieder kam nicht zustande.

— (Die Dauerfragen des Reichstags, die sich wiederholt schon bis in die neunte Abendstunde ausdehnten, fördern die Arbeiten weniger, als sie den Besuch, die Frische der Verhandlungen und das Interesse an ihnen beeinträchtigen. Wie immer, so macht sich auch diesmal bei den fast ausgedehnten Sitzungen die alte Erscheinung bemerkbar, daß die Taten des hohen Hauses unter der Fülle seiner Worte leiden; trotz der achtstündigen und längeren Sitzungen wird nach der in den parlamentarischen Kreisen vorherrschenden Meinung der Etat nicht mehr rechtzeitig zum 1. April erledigt werden können. Man denkt angelegentlich dieser Verhältnisse unwillkürlich an die bekannte Kritik des Klementinismus und preussischen Herrenhausmitgliedes Plathe.

— (Gießen-Grünberg-Ridda.) Bei der Reichstags- und Reichstagswahl wurden insgesamt 24 191 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Oberlehrer Werner (Wirtschaftliche Vereinigung) 12 568 Stimmen, Krankenassenkontrollleur Beckmann (Sozialdemokrat) 11 622 Stimmen. Werner ist somit gewählt.

— (Barfängerung gewöhnlicher Briefsendungen.) Eine Neuierung, die, wie wir vor kurzem berichteten, am 1. Februar 1910 in Bayern eingeführt worden ist, erstreckt sich dort beim Publikum einer zunehmenden Beliebtheit. Im Postamt 2 in München allein sind vom 1. Februar 1910 bis 1. Februar 1911 rund zehn Millionen Briefsendungen aufgegeben, für die der Postbetrag von 37 521 Mark nicht durch Freimarken auf den Sendungen vermindert, sondern am Schalter bar entrichtet wurde. Wären diese Sendungen einzeln mit Freimarken frankiert worden, so hätte dies mindestens zehn Millionen Stück Marken erfordert, während zur Verrechnung des Frankos auf den bei Auslieferung der Massenleistungen mit vorausgelegten Anmeldekarten nur etwa 75 000 Stück Freimarken zu 5 Mark erforderlich waren. Die Post hat also schon an Papier und Drucksachen ganz wesentliche Ersparnisse gemacht. Aber auch den Geschäftsleuten, die von der Neuierung Gebrauch gemacht haben, sind erhebliche Vorteile erwachsen. Wie eine Firma berichtet, die häufig Massenleistungen der Post zur Beförderung übergibt, nimmt das Befahren von 1000 Sendungen mit Freimarken eine Arbeitskraft reichlich 1 1/2 Stunden in Anspruch. Man frankiert also an einem Arbeitstag zu neun Arbeitsstunden 6000 Briefe, in einem Arbeitsjahr zu 300 Arbeitstagen 1,8 Millionen Briefe. Um die im verflochtenen Jahr beim Postamt 2 in München aufgegebenen bar frankierten Sendungen einzeln mit Marken zu belegen, würden also nahezu sechs Arbeiter das ganze Jahr erforderlich gewesen sein. Das sind Vorteile, um die unsere Geschäftsleute die Münchener beneiden können. Hat die deutsche Reichspostverwaltung ihre ursprünglichen Bedenken gegen die sehr zweckmäßige Neuierung immer noch nicht fallen lassen?

— (Die Hamburger Spionageaffäre.) Die Hamburger Polizeibehörde erklärt: Zur Hamburger Spionageaffäre bringen namentlich auswärtige Blätter fortgesetzte Nachrichten, deren Wertlosigkeit sich schon aus dem Umstand ergibt, daß die mit der Aufklärung befaßten Behörden im Interesse weiterer Ermittlungen strengste Verschwiegenheit beobachten müssen und beobachten. Zurzeit befinden sich die Akten beim Reichsgericht, das zunächst den Untersuchungsrichter zu befehlen hat.

— (Metallarbeiters-Aussperrung in Chemnitz.) In der Chemnitzer Metallindustrie ist ein großer Lohnkampf entbrannt, dessen Ende nicht abzusehen ist. Ueber dreitausend Arbeiter und Former sind bereits in den Ausstand getreten. Die Aufforderung der Arbeitgeber, bis zum Montag die Arbeit wieder aufzunehmen, blieb unbeachtet; infolgedessen wurden fünfzig Prozent sämtlicher Metallarbeiter ausgesperrt, so daß etwa sechshundert Metallarbeiter augenblicklich feierr. Die Entlassung verläßt in den großen Maschinenfabriken und Gießereien überall ruhig.

Ausland.

Portugal.

— Der geplante Generalstreik in Portugal, speziell in der Hauptstadt Lissabon, ist gescheitert. Die wirklichen Arbeiter hielten sich der Veranstaltung gänzlich fern; nur arbeitsscheues Gesindel versuchte hier und da Demonstrationen, die mühelos unterdrückt wurden.

Russland.

— Der russische Ministerwechsel, durch den der Finanzminister Kozlow an d. Stelle Stolypins trat, kam nicht unerwartet, ist aber nicht geeignet, uns mit besonderen Hoffnungen auf eine Befestigung der deutsch-russischen Beziehungen zu erfüllen. Stolypin fiel, weil er der Mehrheit der Reichsдума zu liberal und zu deutschfreundlich war.

In Frankreich erwartet man von dem Regierungswechsel eine entschiedene Schwächung der russischen Politik nach rechts und eine stärkere Betonung des russisch-französischen Zweibundes. — Der neue Ministerpräsident Klotzow wird vorläufig neben der Ministerpräsidenten auch das Finanzportfeuille beibehalten. Er gilt als ein Mann von hervorragender Intelligenz und vornehmer Gesinnung; er ist nicht übermäßig reaktionär, trefflicher Verwaltungsbeamter und gegenwärtig wohl der bedeutendste Redner Russlands. Man hält es in Paris für wahrscheinlich, daß Klotzow seinen Einfluß aufwenden werde, um die militärische Bedeutung der französischen Allianz stärker hervorzuheben zu lassen, als dies während der Regierung Stolypins der Fall gewesen ist.

Indien.

— (Die Einwohnerzahl Indiens.) Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung beträgt die Zahl der Einwohner Indiens 315 Millionen.

China.

— Die Gerüchte von der Ermordung des russischen Gesandten in Peking scheinen sich glücklicherweise nicht zu bestätigen. Nach einer Petersburger Meldung ist an den amtlichen Stellen Befehl von einer solchen Mordtat, welche die kaum behobene russisch-chinesische Spannung aufs äußerste verschärft hätte, glücklicherweise nichts bekannt.

— (Vorbereitungen zur Anti-Pestkonferenz.) Wie aus Moskau gemeldet wird, werden dort die Vorbereitungen für die Anti-Pestkonferenz getroffen. Den Delegierten wird ein großes Gebäude, eine Industriehalle und ein benachbartes Spital zur Verfügung gestellt. Die Konferenz wird in fünf Abteilungen arbeiten: Epidemiologie, Bakteriologie, Therapie, Statistik und allgemeine Maßregeln. — Nach chinesischen Krankheitsberichten beträgt die Zahl der Todesfälle an Pest in Moskau 1600, in Kwang-Tsching-Tse 10 000 und in der ganzen Mandschurei 40 000. Die Komitee beschloß, die Aufhebung des Sanitätskordons um Peking vorzuschlagen.

Westfalen u. Rheinland.

Hamm, 22. März. Ein unglaublich dreifacher Diebstahl wurde in der Nacht zum Montag hier verübt. Bisher noch unermittelte Diebe verschafften sich Zutritt zu dem Anwesen des Fabrikbesizers Sobredier und öffneten das Tor, worauf sie mit einem Fuhrwerk in den Hof fuhren und große Mengen Kupfer und Messing auf luden. Dann schloßten sie 14 Säbner an Ort und Stelle ab und nahmen sie ebenfalls mit. Die Polizei ließ einen Polizeihund Witterung nehmen und die Spur verfolgen, doch verlor er diese bald wieder. Der Wert der gestohlenen Gegenstände beträgt etwa 400 Mark.

Soest, 22. März. (Lebensmüde.) Im benachbarten Dorfe Deringen fand man abends den etwa 50 Jahre alten Landwirt Trufis erhängt auf dem Boden seines Wohnhauses. Was den in sehr guten Verhältnissen lebenden Mann in den Tod getrieben, ist nicht bekannt.

(?) Dierfeld, 22. März. (Tod im Versteck.) Auf der Heide „Bondern“ fiel dem Drittführer Sommer bei Ausübung seiner Berufsarbeit ein schwerer Gegenstand auf den Kopf. Sommer erlitt eine Gehirnerkrankung, die alsbald seinen Tod herbeiführte. Der Verunglückte war verheiratet und Vater von fünf Kindern.

Essen, 22. März. Eine gefährliche Verfolgung unternahm eine Schutzmannspatrouille nachts auf fliehende Einbrecher. In der Blumenfeldstraße und Altessemerstraße wurden von den Einbrechern 6 scharfe Schüsse auf den verfolgten Beamten abgegeben, jedoch dieser gezwungen war, ebenfalls seine Schutzwaffe zu gebrauchen. Verletzt wurde anscheinend niemand.

Carnap, 22. März. (Leichenfund.) Am Sonntag nachmittags wurde aus der Emischer die halbverwesene Leiche eines anscheinend neugeborenen Kindes gezogen. Anhaltspunkte über die Herkunft bestehen nicht.

Rheinhausen, 22. März. (Todessturz.) Auf der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte stürzte der 23jährige, unverheiratete Schlosser Sudds aus Vergehren bei Hodeimer von einem Kranen in einer Höhe von 20 Meter ab und erlitt schwere Verletzungen. S. starb kurz nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus.

Düsseldorf, 22. März. Die praktischen Aerzte Dr. Gohr, Dr. Rheinboldt und Dr. Reuner in Neuf hatten die von ihnen ausgestellten Jahresrechnungen durch den Diener des dortigen Metzgereis Dubert Hinken bei sich einsammeln und ihren Kunden seit dem Jahre 1906 in teilweise verschlossenen Briefumschlägen aufstellen lassen. Es war deshalb gegen sie wegen Vergehens gegen das Reichspostgesetz (§§ 1a, 2a, 27 I und 33) das Strafverfahren vor der hiesigen Strafkammer anhängig gemacht worden, da nach den postalischen Bestimmungen verschlossene Briefe gegen Bezahlung nur durch die Post befördert werden dürfen. Die Angeklagten wandten ein, daß sie in Unkenntnis der in Betracht kommenden Gesetze vom 28. Oktober 1871 und 24. Dezember 1899 gehandelt hätten. Der Staatsanwalt beantragte Geldstrafen in Höhe des vierfachen Betrages der hinterzogenen Portogebühren. Das Gericht erklärte zunächst alle von November 1907 liegenden Fälle für verjährt, da erst im November 1910 die erste richterliche Handlung vorgenommen worden war und erkannte weiterhin auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten, indem der Begriff des Einfallens der Briefe im Sinne der §§ 2a und 27 eine genügende Aufklärung nicht gegeben habe.

Gleve, 22. März. Trotz scharfster Kontrolle wird der Zigarettensmuggel an der deutsch-holländischen Grenze fortgesetzt. Bei Vergehens wurde von preussischen Grenzbeamten ein Möbelwagen mit alten Möbeln angehalten, die angeblich einem neben dem Wagen fahrenden Ehepaar gehören sollten, das nach Preußen verziehen wollte. Bei einer genauen Untersuchung wurden über 40 000 Zigaretten und rund 10 000 Zigaretten unter und in dem Möbelwagen versteckt gefunden. Wagen und Ladung wurden mit Beschlag belegt und das angebliche holländische Ehepaar verhaftet.

Bonn, 22. März. (Der Bonner Band nach vor Gericht.) Montag begann vor der hiesigen Strafkammer die Verhandlung gegen die Vorstandsmitglieder und den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der in Konkurs befindlichen Bonner Bank. Angeklagt sind Jakob Dahm, Christian Steinpaß, Johann Röhrig, Rechtsanwalt Mathias Wallenfang und Rechtsanwalt Dr. Josef Abs. Die Bonner Bank wurde 1875 mit einem Aktienkapital von 180 000 Mark gegründet. Zuletzt betrug das Kapital 3 Millionen. Der Konkurs wurde am 27. November 1908 eröffnet. Der Angeklagte Abs hat außer den 250 000 Mark, die er bei der Schadenersatzklage gezahlt hat, durch den Zusammenbruch der Bonner Bank noch 300 000 Mark verloren. Dahm hat 260 000 Mk. gezahlt und 60 000 Mark Aktienkapital der Bonner Bank hergegeben. Röhrig hat 3000 Mark Aktien der Bonner Bank hergegeben. Röhrig und Wallenfang wurden nicht in Anspruch genommen. Röhrig mit Rücksicht auf seine Vermögenslage, Wallenfang, weil er den Konkurs nicht verschuldet hat. Von den übrigen Beklagten wurden insgesamt 381 000 Mark gezahlt. Wie der Konkursverwalter Gottschalk mitteilte, ist die frühere Ansicht, daß bei dem Konkurs noch etwas für die Aktionäre übrig bleibe, geschwunden. Etwa 8 Tage vor dem Zusammenbruch der Bank wurde an den A. Schaatsbanknoten Banknoten eine Annäherung versucht, aber das erhaltene Geld reichte nicht aus, so daß sich die Bonner Bank gezwungen sah, die Zahlungen einzustellen.

Saarbrücken, 22. März. Hier kürzte ein Warenautomat beim Ziehen am Griff um und erschlug ein davorstehendes vierjähriges Kind. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Saarbrücken, 22. März. (Ein Bergmann als Nadel- und Nadelnesser.) Ein Bergmann, der vor einiger Zeit schon einmal operiert werden mußte, weil er damals zu viel Salz- und Saarnadeln verschluckt hatte, muß sich gegenwärtig wiederum einer Operation im Sulzbacher Knappheitslazarett unterziehen, weil er Schußnadeln zu sich genommen hat. Der Mann ist sich nicht normal und will immer wieder derartige Mahlzeiten einnehmen.

Wiesbaden, 22. März. (Kaiserliche Ehrung für einen Veteranen von 1870.) Hier feierte Generalmajor z. D. Otto von Sperling, der den Feldzug von 1866 als Regimentskommandeur und den von 1870 als Regimentskommandeur mitgemacht hat, seinen 90. Geburtstag. Der Jubilar erhielt vom Kaiser folgenden Telegramm: „In dem heutigen Tage, an dem Sie durch Gottes Gnade Ihr 90. Lebensjahr vollenden, spreche ich Ihnen meinen herzlichsten Glückwunsch aus. In den langen Jahren Ihrer Zugehörigkeit zur Armee haben Sie Ihren Königen und dem Vaterlande, in Sonderheit in vier Feldzügen die besten Dienste geleistet und Sie können heute mit Stolz und Befriedigung auf diese Zeit zurückblicken, ausgezeichnet mit so schönen Kriegsbeförderungen. Um Ihnen aber an diesem seltenen Tage noch ein erneutes Zeichen dankender Erinnerung Ihrer Verdienste zu geben, verleihe ich Ihnen hiermit den Charakter als Generalkolonel. Berlin, 20. März. Wilhelm I. R.“

Frankfurt a. M., 22. März. (Erholungsheim für Angehörige.) Hier große Versicherungsgesellschaften haben im Taunus in der Nähe von Homberg ein Erholungsheim für 200 000 Mark erworben, um ein Ferien- und Erholungsheim für ihre Beamten einzurichten.

Aus aller Welt.

— Zur Tageschronik. Auf dem Berliner Schlachthof wurden drei jüdische Wächter unter dem Verdacht verhaftet, große Fleischdiebstahle begangen zu haben. — Der Freiburger „Allenburg“ mit dem Herzog von Sachsen-Altenburg an Bord landete nach mehrstündiger guter Fahrt glatt bei Großschmieden im Kreise Dessau. Führer des Balons war Hauptmann Merckon gewesen. — In Bulareß wurde auf offener Straße plötzlich der Arzt Dr. Georgescu ermordet. Er zog seinen Revolver und gab zahlreiche Schüsse auf das Publikum ab. Ein Hochschullehrer wurde dabei getötet. Es gelang mit Mühe, den Rasenden zu bändigen. — In der hohen Tatra wurden reiche Radiumlager entdeckt.

— 24 000 Mark durch Einbruch gestohlen. In der Nacht wurde in den Geschäftsräumen der Sächsisch-Thüringischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenverwertung in Halle ein Einbruchsdiebstahl verübt. Es wurden 24 745 Mk. entwendet. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur. — Abitur eines Abiturs. In München unternahm der Münchener Abiturist Rühle in Gars am Inn mehrere Passagierflüge. Bei einem der Flüge neigte sich der Apparat zur Seite, stürzte aus 6 Meter herab und wurde fast verhängt, jedoch blieben die beiden Flieger fast unverletzt.

— Mord und Selbstmord im Irrenhaus. In Neum in der Nähe ereignete sich eine Familiensache, die beide Beteiligten zum Opfer fielen. Der Gattin Dr. Trutschmann war mit seiner Familie nach Neum übergesiedelt, wo er eine Bauernwirtschaft gegen sein Gehalt in Grunau eingetauscht hatte. Wie aus Breslau gemeldet wird, fand man am Tage nach dem Mord Dr. Trutschmann und seine Frau in ihrer neuen Wohnung tot vor. Wie die Untersuchung ergab, hat Dr. Trutschmann seine Frau durch Beiseite und Messerstücke ermordet und sich dann mit einem Rasiermesser die Pulsader der linken Hand geöffnet. Dr. Trutschmann hat die Tat offenbar in geistiger Ummachtung begangen.

— Der Nachkomme eines Herzogs im Elend gestorben. Ein Nachkomme des Herzogs Byron von Kurland, der unter den Kaiserinnen Anna, Elisabeth und Katharina II. in Rußland von mächtigem Einfluß war, ist im Elend gestorben. Wie aus Petersburg gemeldet wird, erkrankte sich in Luenaburg ein alter, verarmter Mann namens Wilhelm v. Wiron wegen Mangels an Existenzmitteln. Ein Jünger der Nachkommen des Herzogs Byron von Kurland lebt auf Schloß Wartenberg in Preussisch-Schlesien. Es ist dies der Prinz Gustav Byron von Kurland, Major a la suite der preussischen Armee und Ritter des Johannisordens, und seine Familie.

Landwirtschaftliches.

Obstgarten.

man gibt es jetzt allerhand zu thun. Man wird sehen, daß man nicht werden die für den Februar angegebenen Pflanzen zu Ende geführt, vor allem die Weinreben der Obstbäume, Stachelbeeren, Johannisbeersträucher besetzen. Beerenträger und Erdbeeren pflanzen; außerdem werden Stachelnadeln; außerdem werden Stachelnadeln zu Ende geführt und in irgendmaßen mild, so können zu schon Anzeigen, und schließlich:

Freifigbelage, 8

[illegible]

das ich in
Minde und

[illegible]

trartig be-
tragsmäßig

So sollte es wenigstens sein, wenn man aber die Kläden gewöhnlich selbst empfindet und es empfindet sich, die ersten

und diesen im

nen, so daß sie unmöglich die
unzunehmend. Man fahre deshalb
des Brutzgeschäftes möglichst
1 Schlüsse des Geschäfts allerdings
teueren Eigenschaften allerdings
nen, damit sie sich nicht über die
schicken und die Kühen am Aus
Erst wenn die Mehrgabe an
man die Gefährdung an
184

st und läßt sie

Die Eltern pflegt die Aelte-
ren zu verlassen. Schwärmungen ta-
gen zu etwas helfen aus der Schule
zu lange Nachzügler wirft man auf-
sich. Misse erfordert außerdem eine auf-
gabe und Gewandtheit, wenn sie
ist.

by bir, baß

den, dein
äst.“
at und ließ
Schultern

rechtzeitig durch d

Du willst stumm
durchwandeln, über
Schranken Und ich

oder Korb mit 30

„Magna!“ rief
Schweifer starrend
hinweg, vor dem
die Angewandte
So hatte sie
Obdachten gedacht.
Birnurnächte dur
teufelsuchtschweig
grün schillernden
schloste. Wie ein

Qächten.

1910 by Anny Wothe, Leipzig.

herbor, als Magr
Lippen, küßt fag
„Und wenn
in unfern stille
draußen auf dem
oft, wenn die Son
den schwarzen R
unfer nordliden
kräftige Gestalt
Stütze.

Die ich geschützt

lüchtes out.
 Es war eth
 der Männen ans
 sprungen, als n
 Rang es in dem
 velbes Munde.
 Fast ungier
 Schmeßer.
 Wie tragisch
 „Ich begri

zartes, weißes
fend. „Du hast
vom Leben wie
„Schweige,

3. Band

er heißer, du diese Nacht Magna sch glom es in „Wenn du dann böse,“ er lasse mich nicht „So will i	fertig genug, diesem Baron woher er kam, es junge Augen i baraus
--	--

